

REDE ZUM TAG DER ÄRZTE – BERLIN – 18. 1. 2005

DIPL.-POL. EKKEHARD RUEBSAM-SIMON

STELLV. VORS. MEDI-BW E.V.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die medizinische Versorgung ist von den politisch Verantwortlichen in eine akut lebensbedrohliche Situation gebracht worden. Nach Jahrzehnten der Ausplünderung der Gesetzlichen Krankenversicherung zwecks Haushaltssanierung stellen die Sozialpolitiker verwundert fest, dass man eine Kuh nicht nur melken sondern auch regelmäßig füttern muss. Die GKV-Kuh leidet bekanntlich an galoppierender Kachexie...

Wir Ärzte sind an der Misere insofern mitbeteiligt, als wir durch *mangelnden Mut*, durch *vorausseilenden Gehorsam* diesen Zustand **zugelassen** haben und **nicht entschieden und einhellig gegen diese Entwicklung vorgegangen** sind. **Uneinigkeit** und **politische Naivität** sind dafür verantwortlich: selbst jetzt, 5 nach Zwölf meint z. B. ein großer Verband mit einer Pauschale für 75 Euro pro Quartal seine Sonderpolitik machen zu können – eine fatale Fehlentscheidung.

Dümmliche **Kostendämpfung** ruiniert einen Dienstleistungs-Wirtschaftsbereich, der mehr Menschen beschäftigt als die Autoindustrie. Auf immer gleiche Weise werden die gesellschaftlichen Kosten den „Gesundheitsarbeitern“ aufgebürdet. Diese werden demotiviert und in erschöpfende Hyperaktivität zur Sicherung ihrer Existenz getrieben. Budgetierungen, EBM und DRGs führen zu **Honorarraub und Lohnraub mit staatlicher Legitimation**. Wehren wir uns, wird an

unsere **Ethik** dem Kranken gegenüber erinnert – was viele von uns regelmäßig reflexhaft mental blockiert...

Viel zu lange haben wir das Thema „angemessene Vergütung hochqualifizierter Arbeit“ aus Scheu und sozialer Scham vermieden. **Auch diese Zurückhaltung müssen wir aufgeben, genützt hat sie uns sowieso nicht.** Rechtliche Abklärung muss hier erfolgen.

Meine Damen und Herren,

Ulla Schmidt hat diesmal die Schraube zu weit gedreht: Es ist höchste Zeit massiven Widerstand zu leisten. Ohne uns Ärzte läuft im Gesundheitswesen nichts. Wenn wir einig sind, können wir das ganze System zum Stillstand bringen **und wir sollten es tun, wenn die Politik nicht sukzessive patienten- und arztfreundliche Randbedingungen schafft.** Wie wäre ein kompletter Bürokratiestreik, oder eine Schließung der Praxen für drei Wochen? Ich erinnere an den dreiwöchigen Streik der Müllwerker vor Jahren...

Auch der **Boycott der DMPs** wird die Kassen, die in einem subsidiären Verhältnis zur Politik stehen, in Bewegung bringen.

Wir tun also gut daran, davon auszugehen, dass uns keiner an die Hand nimmt und uns unterstützt. Wir sollten uns endlich als sehr wichtiges Teil im Räderwerk Gesundheitswesen begreifen, unsere Stärke **selbst** definieren und unser Schicksal in die Hand nehmen. Die wirksamste Möglichkeit dazu ist der **Zusammenschluss in fachübergreifenden wohnortnahen und sich gegenseitig unterstützenden Ärztenetzen.**

Es ist mehr als sinnvoll über den **Ausstieg** aus dem öffentlich-rechtlichen Zwangssystem nachzudenken. Mit **eigenen Organisationen**, die unseren Ansprüchen und

Bedingungen entsprechen, treiben wir in BW eine **politische, soziale und vor allem wirtschaftliche Verknüpfung der Ärzte** voran. Das Projekt TGP z. B. hat im Südwesten höchste Priorität.

Gelingen kann dies nur wenn wir **gewerkschaftsähnlich solidarisch** und **verbindlich** handeln. Der Luxus, dass jeder Berufsverband mit Röhrenblick nur seine Klientel sieht und versorgt ist abgeschmackt obsolet. Gleiches gilt für die Konflikte zwischen Hausärzten und Fachärzten...

Kolleginnen und Kollegen!

Alle Ärztinnen und Ärzte, die den Namen „frei“ verdienen wollen, sind aufgerufen jetzt aufzustehen und für ihre Freiberuflichkeit zu kämpfen – morgen ist es zu spät: sie werden dann aufwachen und verwundert feststellen, dass sie Angestellte der Kassen geworden sind.

Ich rufe weiter die **Kassenärztlichen Vereinigungen Deutschlands** auf, **zivilen Ungehorsam** zu leisten und das **Malus-„Arzneimittelverordnungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz“ nicht** anzuwenden. Keiner kann uns zwingen ein **rechtswidriges** Gesetz auch **umzusetzen**. In gemeinsamer Absprache über die KBV sollten wir zu einer gemeinsamen Haltung kommen können. **Hier ist einmal Zivilcourage der Vorstände erfordert – das ist nicht zuviel verlangt.** Es ist nichts zu verlieren und die Regierungs-Koalition wird es nicht wagen in 16 KVen den Staatskommissar einzusetzen! Mit Frau Merkel rufe ich Ihnen zu: Wagen wir Freiheit!

Den Berufsverbänden sei gesagt: wir müssen uns jetzt auf **Bundesebene zusammensetzen und einen konkreten Maßnahmenkatalog beschließen, was wir wann wie tun wollen**, wenn die Politik diese Gesetze **gegen uns beschließt. Unverzichtbare Essentials sind**

die Forderungen nach 5,11 c und konkrete Maßnahmen.

Das gleiche gilt für die KV-Ebene, auch hier sollten wir in der Lage sein, eine gemeinsame Handlungsperspektive inklusive der notwendigen Logistik festzulegen. In BW haben wir das schon etabliert, die Bundesebene sollte folgen...

Verhalten wir uns wie freie selbstbewusste Bürger, nicht wie GKV-Sklaven!